



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# BürgerInnenbrief

29. Mai 2018

MIETENMove +++ G20: Massenfahndung +++ Task Force Drogen +++ Rendite statt Baukultur +++ Mut gegen Armut

## Liebe Leserinnen und Leser,



DGB-Demo am 1. Mai 2018  
(Foto: M. Joho)

den heißen Tagen im Mai folgen in den kommenden Wochen und Monaten gleich mehrere heiße Aktionen, der Sommer soll zeigen, was Hamburgs alternative und linke Szene zu bieten hat. Am **Samstag, den 2. Juni**, wird der Reigen mit einem großen **MIETENmove!** eröffnet. Tausende HamburgerInnen werden sich um 13.00 Uhr auf dem Spielbudenplatz treffen, um »Gemeinsam für eine andere Wohnraumpolitik« zu demonstrieren. Ein Jahr nach dem famosen G20-Gipfel in Hamburg wird es verschiedene Veranstaltungen und andere Initiativen geben, darunter vom **5. bis 8. Juli** ein **Festival der grenzenlosen Solidarität**, mit Workshops, Aktionen, einem Rave und einer Demonstration. Und am **Samstag, den 29. September**, wird Hamburg zum Schauplatz einer bundesweiten antirassistischen Parade unter der Parole **United Against Racism**.

Viel los also in der Stadt. Und wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten alle Aktivitäten auch auf parlamentarischer Ebene flankieren. So wie im Falle der Wohnungs- und Mietpolitik, wo es gelungen ist, den Senat über die Forderung nach Mietenstopp bzw. Deckelung der Mieterhöhungen bei der SAGA auf wenige Cent und den Antrag zur Verlängerung der Bindungsfristen bei Sozialwohnungen von 15 auf

30 Jahre unter Druck zu setzen. Jedenfalls gemessen an den fast hysterischen Reaktionen in den Reihen der Senatskoalition auf der letzten Sitzung der Bürgerschaft. So aber auch hinsichtlich des bürgerschaftlichen Sonderausschusses mit dem Namen »Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg«. Auch wenn die Sitzungen lang und zeitraubend sind und viele Geschehnisse wegen der mangelnden Transparenz und der mehr als fragwürdigen Informationspolitik der Innenbehörde im Dunkeln bleiben, so ist es doch gelungen, auch polizeiliche Übergriffe, Fehleinschätzungen und -verhalten zum Thema zu machen. Mensch möge sich nur an die Stimmung und das mediale Aufputschen in den Tagen direkt nach dem G20-Gipfel erinnern – davon sind wir heute glücklicherweise meilenweit entfernt, nicht zuletzt dank etlicher Recherchen und Anfragen und also umfangreicher Aufklärungsarbeit.

Herausgeberinnen und Redaktion

# MieterInnen gehen zu Recht auf die Straße!

Heike Sudmann über den Hamburger MIETENmove am 2. Juni



Aktion des Aktionsbündnisses gegen Wohnungsnot am 29.3.2018 auf der Mönckebergstraße  
(Foto: M. Joho)

Am 2. Juni findet der »MIETENmove«, eine von mehr als 100 Organisationen, Vereinen und Initiativen getragene Demonstration statt. Das haben wir in der Linksfraktion zum Anlass für eine Debatte in der Bürgerschaft genommen. In der sehr hitzigen Debatte zeigte sich, wie empfindlich Rot-Grün auf Kritik an ihrer Wohnungs- und Mietenpolitik reagiert. Doch außer einem »Weiter so!« war von der Senatsseite nichts zu hören.

Dabei müsste die SPD mit ihrem grünen Anbau doch auch ins Grübeln kommen. Seit sieben Jahren, mit Beginn der Regierungszeit von Olaf Scholz, gilt das Credo »Bauen, Bauen, Bauen«. Damit würde nicht nur Wohnraum geschaffen, sondern auch etwas gegen den Mietenanstieg getan. Entsprechend selbstzufrieden labt sich der Senat an seinen Neubauzahlen. Dass gleichzeitig die Mieten unaufhörlich steigen, dass fast jeder zweite Haushalt schon die Hälfte des Einkommens für die Miete abdrückt, blendet er aus. Mittlerweile machen sich laut einer repräsentativen Umfrage der ZEIT Hamburg (März 2018) 70% aller Hamburger Haushalte große Sorgen, ob sie sich das Wohnen in dieser Stadt mittelfristig überhaupt noch leisten können. Deshalb ist es kein Wunder, dass der MIETENMOVE in Hamburg so eine große Unterstützung findet.

Der Senat kann etwas gegen den Mietenwahnsinn tun, er muss es nur wollen. Die SAGA-Mieten nur minimal anzuheben oder angesichts der Überschüsse der SAGA in dreistelliger

Millionen-Größenordnung gerne auch zu senken, würde den Mietenspiegel dämpfen. Sozialwohnungen im ersten Schritt statt 15 Jahre mindestens 30 Jahre lang hinsichtlich der Mietpreis- und Belegungsbindungen zu schützen und danach perspektivisch auch dauerhaft – das hilft den Berechtigten. Den Missbrauch durch Ferienwohnungen und Leerstände mit mehr Personal beim Wohnraumschutz zu bekämpfen, bringt günstige Wohnungen zurück auf den »Markt«. Auf Bundesebene kann der Senat die Initiativen nicht nur der LINKEN für eine Wohnungsgemeinnützigkeit ebenso unterstützen wie eine echte Mietpreisbremse.

Rasant steigende Mieten sind kein Naturgesetz, sondern erst durch die Politik der letzten Jahrzehnte ermöglicht worden. Diese Fehler könnte eine SPD an der Regierung wieder heilen. Dafür müsste sie aber bereit sein, sich mit den Mächtigen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft anzulegen. Ich bin mir sicher, dass die HamburgerInnen am 2. Juni mit dem MIETENmove zeigen werden, dass sie eine andere Mieten- und Wohnungspolitik wollen. Auftaktort ist um 13.00 Uhr der Spielbudenplatz. Wir dokumentieren nachfolgend den kompletten Demo-Aufruf ([www.rechtaufstadt.net/](http://www.rechtaufstadt.net/)), der weiterhin unterzeichnet werden kann ([www.mietenmove.org](http://www.mietenmove.org)). Nett anzuschauen und bisweilen auch informativ sind die kleinen Clips, die eigens für die Demo-Mobilisierung »gedreht« worden sind: <http://mietenmove.org/videos/>.





Foto: Rasande Tyskar CC BY-NC-SA 2.0

## MIETENmove am 2. Juni – der Aufruf von Recht auf Stadt

Seit mehr als sieben Jahren regiert in Hamburg die SPD. Seitdem wird so viel gebaut wie schon lange nicht mehr. Noch stärker als Wohnungsbauzahlen ziehen jedoch die Mietpreise an. Inzwischen kostet der Quadratmeterpreis für Wohnungssuchende durchschnittlich mehr als 13 Euro netto kalt. Der Mietenwahnsinn in Hamburg nimmt dramatische Formen an. Daran hat auch die grüne Regierungsbeteiligung seit 2015 nichts verändert.

Das bedingungslose Vertrauen des Senats in den Markt hat sich als falsch erwiesen. Auch die vor drei Jahren eingeführte Mietpreisbremse ist nicht mehr als ein zahnloser Tiger. In St. Georg, auf St. Pauli oder auch in der Neustadt sind Quadratmeterpreise bei Neuvermietung von weit mehr als 20 Euro die Regel und längst nicht mehr eine Ausnahme. Die Wohnungspolitik in Hamburg hat viel zu lange auf investitionsfreudige Baufirmen gesetzt. Was wir jetzt brauchen, ist eine Wende in der Wohnungspolitik: Weg von einem profitorientierten Wohnungsmarkt hin zu einer solidarischen Stadt- und Wohnraumpolitik im Interesse von Hamburgs Bewohner\*innen.

Gebetsmühlenartig verweist die Politik auf den so genannten Sickerneffekt: Mieter\*innen der Neubauwohnungen würden günstige Wohnungen frei machen. Davon wiederum würden Geringverdiener\*innen profitieren. Ein fataler Trugschluss. Gerade in den ehemals günstigen Segmenten schnellen die Mietpreise bei Weitervermietungen unaufhaltsam in die Höhe. Das Einzige, was da sickert, ist Wasser – und zwar durch die Decke der Buden, die Abzock-Vermieter\*innen Menschen zu übertriebenen Preisen anbieten, die ohnehin schon als Arbeitsmigrant\*innen ausgebeutet werden. Das Wort Instandhaltung kennen solche Eigentümer\*innen nicht. Wohl auch deswegen, weil die Stadt es jahrelang versäumt hat, Druck auf sie auszuüben. Stattdessen regierte ein Bürgermeister, der von Olympia träumte und am Ende den G20-Gipfel in die Stadt holte. Und es herrscht weiterhin eine Politik, die Großevent nach Großevent in die Stadt lockt, aber die Kontrolle illegaler Ferienwohnungen vernachlässigt. Eine Politik, die sich längst nicht mehr an den hier lebenden Menschen orientiert, sondern lieber eine zahlungskräftige Klientel nach Hamburg locken will.

Aus dem Blick geraten dabei diejenigen, die sich Hamburg jetzt schon fast nicht mehr leisten können. Mehr als 30.000 Geflüchtete und Wohnungslose leben über viele Jahre ohne jegliche Rückzugsmöglichkeiten in eigentlich nur zur temporären Unterbringung gedachten Camps und Wohnunterkünften. Auch deswegen, weil schlichtweg viel zu wenige günstige Wohnungen entstehen. Nicht einmal der Drittmix – die selbstgesteckte Vorgabe für den Sozialwohnungsbau – wird konsequent umgesetzt. Die Wohnungssuche ist für Leistungsbezieher\*innen und andere Geringverdiener\*innen längst zum nicht enden wollenden Albtraum geworden.

Sie und alle anderen Hamburger\*innen brauchen menschenwürdige Wohnungen. Der Platz ist da. Wir sagen: Kein Quadratmeter dem Leerstand – egal ob Wohn- oder Gewerberaum! Auch der Ausverkauf städtischer Flächen an Investor\*innen

muss beendet werden. Wir fordern eine soziale Bodenpolitik. Die Stadt muss von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und darf ihre Grundstücke nur noch nach Erbbaurecht vergeben! Auf diese Weise kann der Bau von Wohnungen an Bedingungen geknüpft werden, die steigende Mieten verhindern. Die Bindungen für Sozialwohnungen wiederum dürfen nicht länger zeitlich befristet sein. Alternative Wohnformen wie Wohnprojekte oder auch Bauwagenplätze müssen möglich und finanzierbar sein. Sie verdienen Unterstützung. Gemeinwohlorientierte Modelle wie Genossenschaften und Stiftungen müssen gestärkt werden. Und: Die Saga darf keine Mieten mehr anheben. Warum auch? Schon jetzt führt das städtische Unternehmen Jahr für Jahr mehr als 100 Millionen Euro aus Mietengewinnen an den Senat ab.

Es steht außer Frage: Stadt verändert sich. Aber der Wandel darf nicht zu Verdrängung führen. Und der Erhalt Hamburger Baudenkmäler darf nicht mehr an wirtschaftliche Kriterien geknüpft werden. Vielmehr sollte auch in den Blick genommen werden, wie durch den Erhalt alter Substanz die Umwelt geschont und im Endeffekt auch Kosten eingespart werden.

Längst geht es nicht mehr nur ums Wohnen. Die Folgen von steigenden Mieten sind auch im Gewerbe dramatisch. Das Kleingewerbe sowie soziale und kulturelle Einrichtungen gehören zum städtischen Raum und müssen bewahrt und gestärkt werden. Die Debatte darum, was zu Hamburg gehört und was die Hamburger\*innen brauchen, muss offen und transparent geführt werden.

- Es ist unsere Stadt! Und es muss etwas passieren! Wir wollen, dass die Politik aufhört, auf den Zuzug von Besserverdienenden und die Steigerung der Attraktivität für Tourist\*innen zu schielen. Wir machen Druck für eine soziale Politik!
- Wir wollen, dass kleinteiliges Gewerbe für den Bedarf von Anwohner\*innen bewahrt wird.
- Wir wollen ein Zeichen setzen für eine Wohnraumpolitik, die endlich aufhört, sich an den Gewinninteressen der Immobilienwirtschaft zu orientieren.
- Wir wollen eine Wohnraumpolitik, die die Möglichkeiten, auf Kosten von Hamburgs Bewohner\*innen mit Immobilien Geschäfte zu machen, drastisch einschränkt.
- Wir wollen eine klare Unterstützung der Stadt für gemeinwohlorientierte Wohnmodelle, auch im Bestand.
- Wir wollen wirklichen sozialen Wohnungsbau und eine solidarische Wohnraumpolitik.

## Berliner Mietpolitik



14.4.2018, Mietendemo in Berlin (Foto: dpa)

Große Demonstrationen gegen die Wohnungsnot und die Mietenexplosion hat es in den letzten Wochen u.a. auch in Leipzig, Göttingen und am 14. April in Berlin gegeben. Rund 20.000 Menschen demonstrierten »gegen drastisch steigende Mieten, Verdrängung und knappen Wohnraum« (RBB 24, vom 14.4.2018).

Wir wollen von Zeit zu Zeit im »BürgerInnenbrief« darüber berichten, welche Wohnungs- und Mietpolitik eigentlich der Berliner Senat fährt, immerhin ein rot-rot-grünes Projekt, das mit Katrin Lompscher eine Stadtentwicklungssenatorin aus den Reihen der LINKEN und mit Dr. Andrej Holm einen

profunden Wissenschaftler und Kenner der Wohnungspolitik als Berater zur Seite hat. Hier ein paar erste Aspekte, wie sie uns aus Berlin mitgeteilt und mit den sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften im April 2017 vereinbart worden sind.

Einen Mietpreisstopp gibt es auch in Berlin nicht. Die Kooperationsvereinbarung mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die auf der Grundlage des Koalitionsvertrags verhandelt wurde, begrenzt aber die Mieterhöhungen in Bestandsmietverträgen deutlich auf 2% jährlich bzw. max. 4% in zwei Jahren. Die Modernisierungsumlage ist bei 6% gekappt.



Darüber hinaus gibt es eine Härtefallklausel, die MieterInnen mit Einkommen innerhalb der Berliner Grenzen für Wohnberechtigungsscheine (WBS) ermöglicht, die Nettokaltmiete auf 30% ihres Haushaltseinkommens begrenzen zu lassen. Für Neuvermietungen gibt es leider keine Deckelung, abgesehen von der Maßgabe, dass 60% der Neuvermietungen im Bestand jährlich an WBS-Berechtigte erfolgen müssen.

Die komplette Kooperationsvereinbarung findet sich hier: [www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnraum/wohnungsbaugesellschaften/de/kooperationsvereinbarung.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnraum/wohnungsbaugesellschaften/de/kooperationsvereinbarung.shtml). Für die Sozialwohnungen, die nicht im Besitz der städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind, gilt die Kooperationsvereinbarung nicht. Hier bastelt die Koalition gerade noch an einem Gesetzentwurf.

## Unverhältnismäßige Öffentlichkeitsfahndung

Christiane Schneider zu massenhaften Fahndungen im Zusammenhang mit G20



Erst vermurmt und dann eine fragwürdige Massenfahndung (Foto: M. Joho)

Die Polizei hat am 16. Mai mit der Veröffentlichung der Fotos von 101 Verdächtigten die zweite massenhafte Öffentlichkeitsfahndung im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel eingeleitet. Mit der ersten Öffentlichkeitsfahndung im Dezember 2017 waren 107 Gesuchte zur Fahndung ausgeschrieben, davon sollen nach Angaben der Polizei 35 identifiziert worden sein.

Ich habe eine sehr grundlegende Kritik an diesen massenhaften Öffentlichkeitsfahndungen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel. Eine solche Öffentlichkeitsfahndung ist immer ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte; sie ist deshalb begrenzt auf »Straftaten von erheblicher Bedeutung« und unterliegt einem Richtervorbehalt. Meine schon im Dezember geäußerten Befürchtungen haben sich leider jedoch bewahrheitet. Der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte ist in den Zeiten des Internets mit der Identifizierung noch lange nicht beendet. Viele werden sich an die Veröffentlichung des Fotos einer noch minderjährigen jungen Frau in der BILD-Zeitung unter der Schlagzeile »Krawall-Barbie« im letzten Dezember erinnern. Mit der Identifizierung der Minderjährigen war der Internet-Pranger indes nicht beendet. Obwohl die Polizei das Bild von der Website nahm, kursiert es, oft verpixelt, viel-

fach aber unverpixelt, bis heute auf diversen Internetseiten. Diese junge Frau wird, unabhängig davon, ob sie am Ende verurteilt oder freigesprochen wird, noch viele Jahre mit den Folgen dieser Fahndung konfrontiert sein. Das gilt auch für andere Verdächtige. Die Polizei lehnt in der Antwort auf meine Kleine Anfrage die Verantwortung für diese langwierigen Folgen ab. Sie hat die Folgen entweder nicht bedacht – oder sie setzt sich bewusst darüber hinweg. Das gilt leider auch für die Richterinnen und Richter, die die Fotos zur Veröffentlichung freigegeben haben.

Worum geht es bei der massenhaften Öffentlichkeitsfahndung überhaupt? Es geht nicht um Mord, Totschlag, Raub, Vergewaltigung oder andere Straftaten dieses Kalibers. Es geht sicher in etlichen Fällen – vor allem im Zusammenhang mit der Elbchaussee – um Straftaten, die mit mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe bedroht sind, z.B. schwere Brandstiftung. Doch Polizeipräsident Meyer behauptete in der Sendung des ZDF-Mittagsmagazins vom 16. Mai, es gehe **ausschließlich** um »schwerste Straftaten« – und präsentiert als Ergebnis der ersten Fahndungswelle bisher sage und schreibe zwei Anklagen – und einen Strafbefehl! Das wäre allerdings die erste »schwerste Straftat«, die mit einem Strafbefehl geahn-

det wird. Auch in einem anderen Punkt begibt sich Herr Meyer auf dünnes Eis: Es sei ein »Treppenwitz« zu behaupten, es könnten womöglich Unschuldige betroffen sein, so einen Fall habe es noch nicht gegeben. Das trifft wohl nicht zu. Der Erste, der sich im Dezember freiwillig bei der Polizei meldete, war ein Videoblogger (ein extremer Rechter, also niemand, für den ich irgendeine Sympathie übrig habe), der aber nachweisen konnte, dass er als Videoblogger in den geplünderten Filialen von REWE und Budni war und das Video auf seiner youtube-Seite auch veröffentlicht hatte (wo es mit wenigen Suchbegriffen von der Polizei auch hätte gefunden werden können – wozu also das »letzte Mittel« der öffentlichen Fahndung nach dem Mann?). An Plünderungen habe er sich nicht beteiligt. Und die Behauptung, Unschuldige könnten nicht betroffen sein, ist, bevor überhaupt Verfahren stattfanden und Urteile gesprochen wurden, unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten doch sehr fragwürdig.

Meine grundlegende Kritik lautet deshalb, dass die beiden massenhaften Öffentlichkeitsfahndungen unverhältnismäßig sind. Sie machen deutlich, dass die Polizei den G20-Gipfel nutzt, um Maßstäbe zu verschieben, Fakten zu schaffen und ihre Befugnisse auszuweiten. Gleichzeitig mit der zweiten Fahndungswelle hat sie eine europaweite Fahndung mit 92 Fotos eingeleitet, bisher jedoch »nur« polizeiintern. Dass sie sich im europäischen Ausland in erster Linie nicht an »normale« Polizeieinheiten, sondern an Anti-Terror-Einheiten wendet, zeigt, dass es ihr nicht zuletzt um eine politische Botschaft geht, nämlich die Ausschreitungen im Zusammenhang mit den G20-Protesten und damit letztlich die G20-Proteste insgesamt in die Nähe von Terrorismus zu rücken. Das weckt Befürchtungen: im Hinblick auf zukünftige Polizeieinsätze, auf die Verschärfung des Polizeirechts und auf die weitere Aufrüstung der Polizei.

## Task Force Drogen in der Kritik

Nathalie Meyer über Institutionellen Rassismus unter dem Deckmantel der Drogenpolitik



Demo gegen auf St. Pauli am 28.4.2018 (Foto: aus youtube)

Die Hamburger Stadtteile St. Georg, St. Pauli und Sternschanze haben zusammen rund 41.500 EinwohnerInnen. Statistisch gesehen könnte jede/r dieser EinwohnerInnen in den letzten zwei Jahren über zweimal einer polizeilichen Maßnahme ausgesetzt gewesen sein; rund Zweidrittel von ihnen könnten sogar schon ein Aufenthaltsverbot erhalten haben. Denn zwei Jahre sind mittlerweile vergangen, seit von der Polizei Hamburg die sogenannte Task Force Drogen »zur Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität« in St. Pauli rund um die Hafentreppe, in St. Georg rund um den Hansaplatz und im Schanzenviertel am Schanzepark eingesetzt wurde.

Und diese polizeiliche Einheit war alles andere als untätig. Seit ihrer Einsetzung fanden 1.658 Schwerpunkteinsätze

statt, es gab 65.896 Personenkontrollen und 98.508 polizeiliche Maßnahmen wurden durchgeführt (vgl. die regelmäßigen Anfragen von Christiane Schneider zur Task Force, zuletzt Drs. 21/12533). Dass statistische Zahlenspiele die Realität oftmals nur unzureichend abbilden, zeigt sich auch hier. Natürlich wurde nicht jede/r Einwohner/in mehrfach kontrolliert, die Task Force hat es nämlich nur auf bestimmte Menschen abgesehen: Kontrolliert werden fast ausschließlich schwarze Menschen und People of Color.

Diese unter dem Begriff Racial Profiling bekannte Methode beschreibt die polizeiliche Praxis, als Entscheidungsgrund-

**Nathalie Meyer ist wissenschaftliche Referentin bei Christiane Schneider.**



lage für polizeilichen Maßnahmen (wie Personenkontrollen, Ermittlungen oder Überwachungen) das Erscheinungsbild – etwa die Hautfarbe – heranzuziehen. Das Gesetz verlangt aber die Anknüpfung an objektive Verdachtsmomente. Auch die Gerichte haben sich bereits mit dem sogenannten Racial Profiling befasst und es für rechtswidrig erklärt. Anlässlich einer Ausweiskontrolle der Bundespolizei in einem Zug, bei der – wie die Polizei im Verfahren freimütig einräumte – die Kontrolle auch gerade aufgrund der Hautfarbe Personen kontrolliert wurden, urteilte das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz bereits 2012, dass dieses Vorgehen gegen das Diskriminierungsverbot aus Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz verstößt.

Die Praxis des Racial Profiling sollte also eigentlich längst abgeschafft sein. Stattdessen erlebt diese Form des institutionellen Rassismus in Hamburg aber vor allem durch die Kontrollpolitik der Task Force Drogen eine Hochphase. Insbesondere an der Hafentreppe in St. Pauli hat sich die Situation mittlerweile erheblich zugespitzt. Die Hafensstraße, spätestens seit den Häuserkämpfen der 1980er Jahre links-alternativ ge-

prägt, stellt für viele geflüchtete Menschen einen der (wenigen) Orte der Stadt dar, in denen sie auf ein solidarisches Umfeld treffen. Die Folge davon ist, dass die Task Force das Viertel rund um die Hafentreppe nahezu permanent belagert und dabei kaum einen perfiden Trick auslöst (so verkleidete sich beispielsweise ein Zivilpolizist bereits als Flaschensammler). Für die Menschen, die sich dort aufhalten und deren Hautfarbe nach Auffassung der Polizei Gewähr dafür bietet, dass sie mit Drogen dealen, bedeutet dies eine permanente Überwachung und Kontrolle. AnwohnerInnen und Nachbarschaft lassen sich ihre Solidarität nicht nehmen (obwohl ein dortiges Wohnprojekt selbst bereits eine Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen musste, weil den BewohnerInnen die Beihilfe zum Betäubungsmittelhandel vorgeworfen wurde). Die neueste Protestform ist der »copwatch«. Kontrolliert werden nunmehr die KontrolleurInnen der Polizei, indem ihre Streifengänge durch AnwohnerInnen begleitet und öffentlich kritisiert werden. Gründe für eine öffentliche Kritik gibt es jedenfalls genug.

## Einladung: Radtour im Süderelbraum

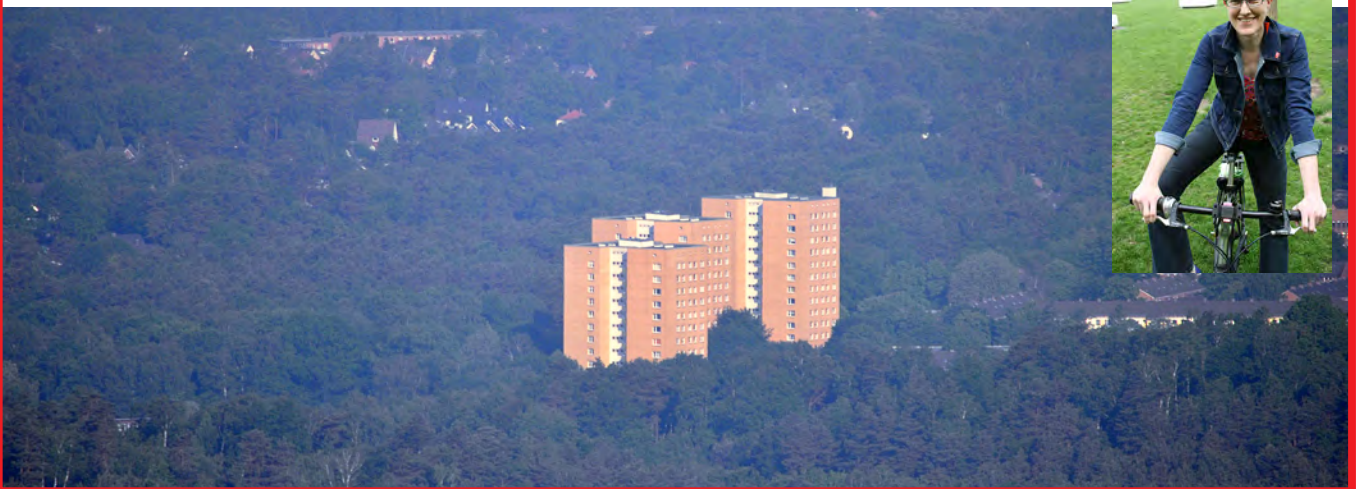
**Die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft lädt zusammen mit der Harburger LINKEN ein zur Radtour in den Süderelberaum.**

Im Süden unseres Bezirkes, zwischen Neugraben und Fischbek, entstehen mittlerweile drei große Wohngebiete, in denen innerhalb der nächsten Jahre mehrere Tausend neue EinwohnerInnen zuziehen sollen. Am **Freitag, den 1. Juni**, wollen wir diese **neuen Wohngebiete in Süderelbe auf einer Radtour entdecken und besichtigen**.

Heike Sudmann und Jürgen Duenbostel, langjähriges Mitglied im Stadtplanungsausschuss Harburg, möchten mit allen Interessierten zu den aktuellen Plänen vor Ort, samt deren Chancen und Problemen, ins Gespräch kommen. Die Frage, inwiefern die notwendige Infrastruktur in allen Bereichen hierbei angemessen ausgebaut wird, um diesen Zuzug im Harburger Süden bestmöglich zu befördern, ist jedoch entscheidend für die Entwicklung der gesamten Region. Angefangen bei bezahlbarem Wohnraum über Angebote für Kinder und Jugendliche, Sport und Freizeit bis hin zur Gesundheit und Nahverkehr.

**Startpunkt ist am Freitag, den 1. Juni, um 18.30 Uhr an der S-Bahn-Station Neugraben, Nordseite, am Ausgang zum Bildungs- und Gemeinschaftszentrum (BGZ Süderelbe).**

Die Teilnahme ist kostenlos. Für Erfrischungen und Stärkung zwischendurch ist gesorgt.



Hochhäuser am Petershof in Neugraben-Fischbek, 8.6.2013/wikimedia

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Gleich eine Handvoll Ohrfeigen teilen die AutorInnen einer neuen Studie der **Hans-Böckler-Stiftung** (HBS) in Richtung Wohnungspolitik des Senats aus. StadtsoziologInnen der Humboldt-Universität Berlin und der Goethe-Universität Frankfurt kommen zu dem Ergebnis, dass bundesweit mindestens 1,9 Mio. Wohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen fehlen. Alleine für Hamburg wird der Mangel mit 150.000 bezahlbaren Wohneinheiten beziffert! Das Furore machende **»Working Paper«** der HBS trägt den Titel **Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten?** und kann studiert werden unter: [www.boeckler.de/pdf/p\\_fofoe\\_WP\\_063\\_2018.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_063_2018.pdf).

Eine lesenswerte **Studie** zur Wohnungslage in Deutschland mit dem Titel **Menschenrecht auf Wohnen** hat vor einiger Zeit der **Caritas-Verband** zur Eröffnung seiner sozialpolitischen Jahreskampagne veröffentlicht, mit Zahlen zur Wohnungsmisere, zum Mietenwahnsinn und vielem mehr: [www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2018/artikel/wohnt-du-schon-oder-hast-du-gar-ein-zuhause](http://www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2018/artikel/wohnt-du-schon-oder-hast-du-gar-ein-zuhause). Wer auch die DGB-Perspektive einbeziehen oder Vergleiche anstellen möchte, schaut sich diesen Text vom März 2018 an: **Bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht**, zu finden unter [www.dgb.de/themen/++co++18762fd2-1642-11e8-915e-52540088cada](http://www.dgb.de/themen/++co++18762fd2-1642-11e8-915e-52540088cada).



Im Mai ist die **15. Ausgabe des Newsletters Integrierte Stadtentwicklung** herausgekommen. Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) informiert hier über aktuelle Entwicklungen im Einzugsgebiet des (allerdings heruntergefahrenen) Rahmenprogramms Integrierte Stadtentwicklung (RISE). In dieser 16seitigen Ausgabe finden sich u.a. ein Interview mit dem neuen Oberbaudirektor Franz-Josef Höing und ein Artikel über das Sozialmonitoring 2017, es geht aber konkret auch bestimmte Quartiere, u.a. Wohlwillstraße, Große Bergstraße, Rahlstedt-Ost, Dulsberg und die Rehhoffstraße. Im Netz zu finden hier: [www.hamburg.de/contentblob/10954638/9d6f8dc52d7ad626bf38a55c5f91a610/data/h-d-p-ausg15.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/10954638/9d6f8dc52d7ad626bf38a55c5f91a610/data/h-d-p-ausg15.pdf).

Zeichnung: Birgit Kiupel



Um **Hamburger Frauenbiografien** geht es auf einer **Website**, die die Landeszentrale für politische Bildung bereits im Jahr 2012 freigeschaltet hat. Mittlerweile sind hier **ca. 1.200 Lebensläufe und -beschreibungen von Hamburgerinnen** erfasst ([www.hamburg.de/frauenbiografien/](http://www.hamburg.de/frauenbiografien/)). Die Landeszentrale will über dieses Angebot auch darauf aufmerksam machen, dass von knapp 3.000 Straßennamen in unserer Stadt lediglich 405 Frauen gewidmet sind. Neuerdings gibt es auch eine App mit den Frauenbiografien, die im Google Play Store und bei iTunes kostenfrei heruntergeladen werden kann. Sie kann allerdings

ausschließlich auf dem Smartphone und nicht auf anderen Mobilgeräten genutzt werden.

**Ob Elektroautos eine Lösung darstellen oder eher eine Sackgasse sind**, darüber referiert und diskutiert der Verkehrswissenschaftler **Dr. Winfried Wolf** am **Mittwoch, den 30. Mai**, um 19.00 Uhr in der Kaffeewelt (Böckmannstraße 6). Wolf, einer der profiliertesten Verkehrswissenschaftler in deutschen Landen, ist an diesem Abend zu Gast bei der LINKEN-Arbeitsgemeinschaft Umwelt, Energie und Verkehr.

Wie geht das und was heißt das eigentlich: **Solidarische Stadt Hamburg?** Das zu erläutern und zu diskutieren, haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Initiative Solidarische Stadt Hamburg eine neue **Gesprächsrunde** angesetzt. Sie beginnt am **Donnerstag, den 31. Mai**, um 18.00 Uhr im JETZT in Steilshoop (Gründungsstraße 22). Am **Donnerstag, den 21. Juni**, ebenfalls um 18.00 Uhr, wird zur selben Frage im HausDrei in Altona (Hospitalstraße 107) getagt.

Am **Donnerstag, den 31. Mai**, wird es um 17.00 Uhr in der Kulturkirche Altona (Max-Brauer-Allee 199) eine besondere Sitzung – eine **öffentliche Anhörung** – des Sonderausschusses zum G20-Gipfel geben. Altonas BürgerInnen dürfen sich nämlich ausnahmsweise mal





direkt einbringen und die **Ereignisse im Juli 2017** kommentieren. »Bei der Veranstaltung«, so die betreffende DPA-Meldung, »sollen in erster Linie die Bürger das Wort haben, ihre Eindrücke schildern und auch Anregungen an die Ausschussmitglieder geben können«. Die Sitzung wird auch live im Internet übertragen.

Ein **Bundesweiter Ratschlag für kostenlosen Nahverkehr** ist für **Samstag, den 2. Juni, in Kassel** angekündigt. Dieses Treffen »soll Akteure zusammen bringen, um Strategien zu entwickeln, wie die Bewegung für einen Nulltarif gestärkt werden und wie ein gemeinsames Vorgehen aussehen kann«. Der Ratschlag wird organisiert von der Kasseler Initiative Nahverkehr für alle und im Stadtteilzentrum Vorderer Westen (Elbbuchenstraße 3) abgehalten. Mehr unter [www.facebook.com/Nahverkehrfueralle](http://www.facebook.com/Nahverkehrfueralle).



Die Neubepanung des Geländes der ehemaligen ESSO-Häuser geht in die letzte Runde. Was ist aus den guten Ideen geworden, die in St. Pauli entwickelt worden sind? Wie sehen die Ergebnisse der Wunschproduktion aus? Am **Sonntag, den 3. Juni**, heißt das Motto von 16.00 bis 20.00 Uhr »**L'urbaniste, c'est moi!**« – **Der/die Stadtplaner/in bin ich. Tatsächlich?** Das soll veranschaulicht werden, nicht nur mit Gesprächen – z.B. mit BezirksvertreterInnen, der Politik der Eigentümerin (16.30 Uhr), der Initiative ESSO-Häuser (17.30 Uhr) und der PlanBude, sondern in der Atmosphäre eines Nachbarschaftsfestes mit Hüpfburg und Musik. Und alles findet rund um die PlanBude statt (Taubenstraße/Ecke Spielbudenplatz).

Der Hafen ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsstandort, er ist auch Legende und Anziehungspunkt. Doch: **Welche Zukunft hat Hamburgs Hafen?** Diese Frage werfen der Naturschutzbund (NABU) Hamburg und der Bildungsträger umdenken auf. Welche Perspektiven hat der Hafen angesichts des stagnierenden, bisweilen sogar rückläufigen Umschlags? Wird der Welt- zum Regionalhafen? Sind Hafenquersperre und Erweiterungsflächen in Moorburg womöglich längst obsolet? Darüber diskutieren am **Dienstag, den 5. Juni**, ab 18.30 Uhr im Seemannsheim (Krayenkamp), gleich gegenüber dem Michel: Angela Titzrath (Vorstandsvorsitzende HHLA), Dr. Anjes Tjarks (Vorsitzender der GRÜNEN-Fraktion in der Bürgerschaft), Malte Siegert (NABU Hamburg) sowie der Hafenexperte Prof. Jan Ninnemann, die Moderation obliegt Jennifer Lange (NDR).



Die Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte und der Ottenser Gesprächskreis zu Flucht und Migration diskutieren am **Dienstag, den 12. Juni**, um 19.00 Uhr in der Schule Rothestraße (Rothestraße 22) mit **Jan van Aken**, Rüstungskontroll-Experte und ehemaliger Bundestagsabgeordneter der LINKEN aus Hamburg, über die Frage, **Wie Hamburgs Waffenhandel Menschen zu Flüchtlingen macht**. Die Moderation besorgt Axel Schröder, Hamburg-Korrespondent des Deutschlandradios.

Der Themenabend bei der globalisierungskritischen Organisation Attac am **Mittwoch, dem 13. Juni**, ist der Einschätzung der europäischen und deutschen **Flüchtlingspolitik** gewidmet. Zu Gast ist an diesem Abend die Initiative, die sich für die Einladung an 1.000 Geflüchtete in Griechenland engagiert und vor kurzem einen Entwurf für ein Manifest »Hamburg – Stadt der Zuflucht« vorgelegt hat. Im Mittelpunkt der um 19.00 Uhr im Seminarraum der Werkstatt 3 (Nernstweg 32-34) beginnenden Veranstaltung steht daher die Frage: **Was will der Aktionskreis Hamburg hat Platz?**

Insgesamt vier **Politische Stadtrundgänge** hat sich »Arbeit und Leben« (AuL), der Bildungsträger von DBG und Volkshochschule, für die kommenden Wochen vorgenommen. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht Gebäude und Quartiere, sondern vielmehr Hamburger Persönlichkeiten. Am **Freitag, den 15. Juni**, geht es mit den **HamburgerInnen der Innenstadt** los, darunter Elise Reimarus, Georg Philip Telemann, Franziska



Ellmenreich und Kurt Wolf van der Walde. Gestartet wird um 18.30 Uhr vor dem Schauspielhaus (Kirchenallee 39). Am **22. Juni** folgt ein Rundgang zu **Persönlichkeiten westlich der Alster**, um 18.30 Uhr beim Dammtorbahnhof, Ausgang Dag Hammarskjöld-Platz. Am **29. Juni** stehen **Winterhuder Persönlichkeiten** und am **6. Juli Persönlichkeiten in Bergedorf** auf dem Programm. Die Rundgänge unter Leitung von Michael Grill dauern jeweils etwa zweieinhalb Stunden, die Teilnahmegebühr beträgt 12,- €, die Anmeldung erfolgt über die Website [www.hamburg.arbeitundleben.de/pb/exkursionen](http://www.hamburg.arbeitundleben.de/pb/exkursionen).



Rad fahren – Klima schützen, unter dieser Formel findet am **Sonntag, den 17. Juni**, die diesjährige **Fahrrad-Sternfahrt** statt. Organisator ist einmal mehr der Verein »Mobil ohne Auto Nord e.V.« (MoA), wobei das Bündnis vom ADFC, dem BUND, den Naturfreunden und weiteren Organisationen getragen wird. Seit 1995 ist die Fahrradsternfahrt an jedem dritten Sonntag im Juni fester Bestandteil des alternativen Jahreskalenders. Im Mittelpunkt steht auch dieses Mal die Stärkung der Radfahrpolitik und die Forderung nach einem politischen Schwenk zur Fahrradstadt Hamburg. Gestartet wird am 17. Juni an rund 70 Startpunkten, die Abschlusskundgebung steigt um 15.00 Uhr auf dem Rathausmarkt. Mehr unter [www.fahrradsternfahrt.info](http://www.fahrradsternfahrt.info).

Eine große **Wilhelmsburg-Veddeler Inselkonferenz** ist für **Freitag, den 22. Juni**, geplant durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte in Zusammenarbeit mit dem Bürgerhaus Wilhelmsburg. Ab 14.30 Uhr geht es im Bürgerhaus (Mengestraße 20) um diese Frage: Wie kann das Zusammenleben auf den Elbinseln gut funktionieren, wenn hier zukünftig bis zu 10.000 Menschen mehr leben? Den Ablaufplan, die Möglichkeit zur Anmeldung von Beiträgen und Infotischen etc. gibt's hier: [www.perspektiven.elbinseln.de](http://www.perspektiven.elbinseln.de).

Das Centro Sociale (Sternstraße) lädt am **Sonntag, den 24. Juni**, zum diesjährigen **Umsonstfest** ein. Ab 14.00 Uhr bis in den Abend hinein gibt es hier ein nicht-kommerzielles Programm mit Musik, Ständen, Kinderprogramm und eben einem Umsonstflohmarkt. TeilnehmerInnen können also Dinge zum Verschenken mitbringen, kaputte Geräte zum Reparieren, Messer und Scheren zum Schleifen... Informationen unter [www.ak-loek.de](http://www.ak-loek.de).



Für **Dienstag, den 26. Juni**, laden die Sozialverbände Diakonie und Caritas sowie weitere Gruppen aus dem christlichen Spektrum ein zur Diskussion des Themas **Soziale Durchmischung« – Lösung für soziale Probleme?** Die etwa zweistündige Veranstaltung im Rahmen der Reihe »Hamburg! Gerechte Stadt!« findet im Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4) statt und beginnt um 17.30 Uhr.

Um den **Netto-Null Flächenverbrauch – Eine Vision für Hamburg?** geht es auf einer Fachtagung des BUND Hamburg und der HafenCity Universität Hamburg (HCU) am **Freitag, den 29. Juni**. Das Netto-Null-Konzept soll eine Lösung bieten, die wachsende Bevölkerungszahl in Hamburg mit dem rückläufigen Bauland in Übereinstimmung zu bringen, selbstverständlich natur- und ressourcenschonend. Getagt wird von 9.00 bis 16.45 Uhr in der HCU (Überseeallee 16). Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf 20,- €, Studierende zahlen 5,- €. Die Anmeldung muss bis zum 20. Juni per E-Mail an [mail@bund-hamburg.de](mailto:mail@bund-hamburg.de) erfolgen, die Überweisung bis zum 22. Juni. Alles Weitere auf der Website [www.bund-hamburg.de/fachtagung-netto-null](http://www.bund-hamburg.de/fachtagung-netto-null).



Das diesjährige, **23. Methfesselfest** – Hamburgs wohl größtes politisches Straßen- und Stadtteilstadtteilfest – findet vom **29. Juni bis zum 1. Juli** erneut um den Else-Rauch-Platz statt. Laufende Aktualisierungen zum Programm gibt es unter [www.methfesselfest.de/](http://www.methfesselfest.de/).



# Rendite statt Denkmalschutz und Baukultur

Heike Sudmann über Hamburgs Umgang mit Deutschlandhaus und City-Hof



Deutschlandhaus von Drehbahn/Dammtonstraße aus (wikimedia)

Der Umgang der Stadt Hamburg mit dem Denkmalschutz ist in den letzten Jahren immer wieder ein Reizthema. Bei derzeit rund 12.300 Baudenkmalern verschiedenster Art mag Kritik am Senat dem einen oder der anderen unangemessen erscheinen, wenn dieser mal einen Abriss zulässt oder den Verfall nicht stoppt.

Doch es geht hier nicht um die Menge, sondern um die besondere Bedeutung von Denkmälern bzw. denkmalgeschützten Gebäuden für die Stadt. Sei es die Schiller-Oper, die mit ihrer Stahlkonstruktion des ehemaligen Zirkusbaus in Deutschland und wohl auch in Europa einzigartig ist. Sei es der City-Hof, diese derzeit mit grauen Platten verschandelten vier Hochhäuser am Klosterwall, die als städtebaulicher Kontrapunkt zum Kontorhausviertel errichtet wurden.

## Das Deutschlandhaus: Geschichte wird plattgemacht

Weniger bekannt ist das baugeschichtlich relevante Deutschlandhaus, dieses gerundete Gebäude am Gänsemarkt. Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. schrieb Ende April 2018 an die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses der Bürgerschaft. »Mit dem geplanten Abriss des Deutschlandhauses würde – nur ein Jahr vor dem ›Bauhausjahr 2019‹ – der einzige bedeutende bauliche Beitrag zur Epoche des Bauhauses in Hamburg verschwinden. Als Pendant zu Fritz Schumachers Finanzdeputation geschaffen, stand gerade das 1929 fertiggestellte Deutschlandhaus mit seiner damals hochmodernen Mischnutzung – Kino, Varietétheater, einer frühen Form des Schnellimbisses, Büros – für eine neue Zeit des Aufbruchs. Zugleich ließe ein Abriss das einzige große Bauwerk der Hamburger Architektengemeinschaft Block & Hochfeld verschwinden, die als Juden diffamiert und ins Exil gedrängt wurden. Mit einem Abriss wäre das Deutschlandhaus auch als deutsch-jüdischer Erinnerungsort verschwunden.«

Doch weder dieses Schreiben noch die Meinungen verschiedener ExpertInnen, die derzeit in den Medien zu lesen und zu hören sind, konnten den Senat und die rot-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft zu einer Ablehnung des beabsichtigten Abrisses bewegen. Nicht einmal der von mir beantragten Anhörung von ExpertInnen im Ausschuss wollten sie sich stellen. Mit 30 Alibi-Wohnungen soll der Öffentlichkeit ein Neubau schmackhaft gemacht werden, der vor allem eines schafft: mehr Gewinne für den Investor.

Der Senat und Rot-Grün sehen das völlig anders. Wer ihnen zuhört, soll das Gefühl bekommen, dass einige wenige Ewiggestrige sich schützend vor jedes Gebäude schmeißen und laut »Denkmalschutz« rufen. Sie hingegen würden eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung betreiben. Wie das mit der Scheu vor der öffentlichen Debatte und dem roten Teppich, den sie an vielen Stellen der Stadt den InvestorInnen ausrollen, zusammenpasst, verstehen wohl nur sie selbst.

## Der City-Hof: Senat will schnell Fakten schaffen

Der Senat versucht seit Jahren mit allen Mitteln, den Abriss des City-Hofs, der vier Hochhäuser am Klosterwall, durchzusetzen. Weder der bestehende Denkmalschutz für den City-Hof noch eine mögliche Beeinträchtigung des Weltkulturerbes »Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus« haben den Senat – neben vielen anderen guten Argumenten – erweichen und von seinen Abriss- und Neubauplänen abbringen können. Doch jetzt gibt es eine neue Entwicklung. Durch meine Schriftliche Kleine Anfrage (Drs. 21/12931 vom 11. Mai 2018) wurde bekannt, das ICOMOS, das weltweit höchste Fachgremium in Sachen Kulturerbe, den Abriss kritisch sieht. Zitat aus der Antwort des Senats zu der Anfrage: »Im Februar 2018 hat ICOMOS ein ›Heritage Impact Assessment‹ (HIA – ›Kulturverträglichkeitsprüfung‹)

nach ICOMOS-Richtlinien zum Abriss des City-Hofs angefragt. Der Senat hat dieses HIA am 15. März 2018 über die KMK[Kultusministerkonferenz], das AA [Auswärtige Amt] und das UNESCO Welterbezentrum an ICOMOS gesendet. Dieses HIA stellt abschließend fest, dass der Abriss keine Auswirkungen auf den außergewöhnlichen universellen Wert der Hamburger Welterbestätte hat.

Das UNESCO Welterbezentrum hat daraufhin am 20. April 2018 eine Stellungnahme von ICOMOS zum HIA übermittelt, die am 24. April 2018 bei der zuständigen Behörde eingegangen ist. Ein Abriss des City-Hofs würde nach der Ansicht von ICOMOS das Wesen der Pufferzone und somit das Umfeld und den Kontext der Welterbestätte negativ beeinflussen...«

Dass der Senat in diesem von ihm selbst formulierten HIA abschließend feststellt, dass der Abriss keine Auswirkungen hätte, verwundert angesichts der Vorgeschichte nicht weiter. Doch die vom UNESCO Welterbezentrum übermittelte kritische bzw. ablehnende Stellungnahme von ICOMOS ist ein Paukenschlag. Anscheinend teilt ICOMOS die Bedenken der bisher involvierten FachgutachterInnen hinsichtlich des Denkmalabbrisses in der Pufferzone. Damit verbietet sich jegliche Vorbereitung von Maßnahmen zum Abriss des City-Hofs.

Dass der Senat es nicht für notwendig gehalten hat, den HIA und die Stellungnahme von ICOMOS zu veröffentlichen,



Stadtherz-Ideen zum Cityhof (Foto: M. Joho)

wirft mehr als ein schlechtes Licht auf sein Agieren. Deshalb beantragt DIE LINKE, sofort alle vorbereitenden Maßnahmen zum Abriss zu stoppen und eine neue offene Diskussion um die Zukunft der Gebäude zu starten. Auch wenn der Antrag erst am 30. Mai auf der Tagesordnung steht, hat er jetzt schon Wirkung gezeigt: Der HIA wurde nun veröffentlicht ([www.hamburg.de/contentblob/11054994/258ba9f1cf6c0a3cc0243fceb988dba2/data/hia-cityhof.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/11054994/258ba9f1cf6c0a3cc0243fceb988dba2/data/hia-cityhof.pdf)).

## Arbeitsplätze gegen Grün war gestern!

Heike Sudmann über Beiersdorf und die Kleingärten



Auf der Beiersdorf-Veranstaltung der Linksfraktion in Lokstedt am 22.4.2018 (M. Joho)

Im letzten »BürgerInnenbrief« hat Hartmut Obens bereits ausführlich die Pläne von Beiersdorf und das Agieren des Senats dargestellt. Seitdem hat sich noch einiges getan bzw. haben wir einiges unternommen. Am 22. April haben wir als Linksfraktion – unterstützt von den Eimsbüttler GenossInnen – eine sehr gut besuchte Veranstaltung in Lokstedt durchgeführt. Auf dem Podium saßen neben mir der Leiter der Immobilienabteilung von Beiersdorf, Stefan Best, der Vertreter der Initiative Lebenswertes Lokstedt, Michael Witzzorek, sowie der Stadtentwickler Mario Bloem. Der Staatsrat der Wirtschaftsbehörde hatte abgesagt, die vielen Sozialdemokraten, die ich angefragt habe, konnten überraschend alle nicht (wo bei sie sich wohl auch nicht dem Zorn der AnwohnerInnen

und KleingärtnerInnen aussetzen wollten). In der sehr lebhaften, aber fairen Diskussion zeigte sich deutlich, dass es keine guten Gründe für den Verkauf gibt. Beiersdorf hat derzeit keinen konkreten Bedarf an der Fläche, das gab Stefan Best unumwunden zu. Um aber auf Nummer sicher zu gehen, falls es mal Erweiterungsbedarf gebe, würden sie lieber jetzt das Gelände kaufen. Michael Witzzorek stellte die Bedeutung der über 100 Jahre alten Kleingärten nicht nur für die NutzerInnen selbst, sondern auch für die Umgebung dar. Wie unterversorgt der Stadtteil mit Grün ist, verdeutlichte auch Mario Bloem in seinem Vortrag. Gleichzeitig entwarf er Alternativen, die keinen Verkauf der Flächen an Beiersdorf erfordern. Niemand hatte erwartet, dass nach der Veranstaltung



Beiersdorf seine Pläne zurückzieht. Aber immerhin gab es die Vereinbarung, dass Herr Best Herrn Bloem einladen wird, um seine Planungen zu diskutieren.

Am 15. Mai 2018 hat die Initiative »Lebenswertes Lokstedt« dem Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher über 7.000 Unterschriften für den Erhalt des 12 Hektar großen Areals hinter dem Beiersdorf-Gelände in Eimsbüttel überreicht. Diese beeindruckende Zahl zeigt, dass sich hier nicht nur – wie böse Zungen gerne behaupten – ein paar betroffene KleingärtnerInnen um ihre Scholle sorgen, sondern dass es um die Naherholung und die Grünversorgung in Eimsbüttel nicht gut bestellt ist und BürgerInnen entsprechend aufbegehren. Am 22. Mai fand die Debatte und Abstimmung in der Bürgerschaft statt. Leider haben die vielen Unterschriften

nichts an der großen Geschlossenheit aller anderen Fraktionen und an der Haltung des Senats geändert. Ohne Not lassen sie Beiersdorf die 12 Hektar Naherholungsfläche kaufen. Wenn Beiersdorf die Flächen jetzt nicht bekommt, ist kein Arbeitsplatz gefährdet. Ob in Anbetracht der weiter zu erwartenden Digitalisierung der Arbeitswelt inklusive der Produktion überhaupt mal ein Bedarf da sein wird, interessierte in der Bürgerschaftsdebatte außer uns niemanden. Ganz im Gegenteil, mit Lautstärke und teilweise unterirdischen Angriffen versuchten sie, von ihren fehlenden Argumenten abzulenken.

Der Verkauf ist jetzt zwar durch, aber aufgeben werden die KleingärtnerInnen und die AnwohnerInnen trotzdem nicht. Mal sehen, wer den längeren Atem hat!

## »Mut gegen Armut«



Fachtagung im Rathaus, 23.5.2018 (Foto: Ulf Schönert)

So lautete die Überschrift für eine Veranstaltungsreihe, besser noch: für eine politische Akzentsetzung der Linksfraktion in den vergangenen Monaten. Auf einem Fachtag am 23. Mai im Rathaus wurde diese Kampagne in einer ersten Runde

ausgewertet. Wir nehmen hier ein Papier auf, das die Armutsproblematik und daraus resultierende Forderungen der LINKEN in den Fokus rückt.

### Fachtag am 23. Mai 2018: Politische Perspektiven für ein sozialeres Hamburg

Im teuren Hamburg werden Menschen mit geringem Einkommen schneller abgehängt als in vielen anderen Städten und Regionen. Und so hat Armut hier viele Gesichter: Wenn das Geld nicht reicht, ist eine Klassenreise oder nur ein Ausflug an die Elbe oft nicht drin. Arme Hamburger\_innen leben in den am stärksten lärm- und schadstoffbelasteten Stadtteilen mit weniger Infrastruktur und einer deutlich schlechteren medizinischen Versorgung. Arm sein heißt auch, sich keine Zähne, keine Brille, keine neue Kleidung leisten zu können. Mehr als 285.000 Hamburger\_innen sind von Armut betroffen – darunter besonders oft Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Erwerbslose, Kinder und Jugendliche.

Auch durch Sozialabbau, steigende Energie-, Miet- und HVV-Preise geraten immer mehr Menschen in eine Armutsspirale – und der Senat tut viel zu wenig, um sie aufzuhalten. Eine Anti-Armutsstrategie, wie sie Wohlfahrtsverbände und DIE LINKE seit langem fordern, gibt es bis heute nicht. In ihrer Veranstaltungsreihe »Mut gegen Armut« hat die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit vielen Betroffenen und Interessierten in den Stadtteilen konkrete Forderungen gefunden:

Die Erwerbslosigkeit ist in Hamburg auf sieben Prozent gesunken. Doch die Statistik wird schön gerechnet, die Zahl der Hilfeempfänger\_innen steigt trotz positiver Trends. Knapp ein Drittel der Erwerbslosen hat seit mehr als einem Jahr keinen Job. Deshalb fordert DIE LINKE:

■ **Ein landesfinanziertes Arbeitsmarktprogramm** mit freiwilliger, zumutbarer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit Tariflohn. Mehr als verdoppelt hat sich in Hamburg die Zahl der Teilzeit- und befristeten Verträge sowie der Leiharbeit und Niedriglohnjobs seit 2003. Davon betroffen sind vor allem jüngere Menschen und Frauen. Mehr als ein Viertel der befristeten Beschäftigten unter 35 Jahren verdient selbst bei Vollzeit weniger als 1.100 Euro. Deshalb fordert DIE LINKE:

■ **Einen Landesmindestlohn von 13 Euro pro Stunde sowie eine Verankerung des Mindestlohns auch im Vergaberecht.** Damit wür-

de die Freie und Hansestadt Hamburg auch Anstoßgeberin für die Privatwirtschaft sein, denn sie vergibt jährlich für etliche Milliarden Euro Aufträge.

Hamburg ist Hauptstadt der Altersarmut. Fast 17 Prozent der Rentner\_innen gelten als arm. Die Zahl der Empfänger\_innen von Grundsicherung im Alter ist seit 2003 um fast 72 Prozent gestiegen. Um 67 Prozent wuchs in dieser Zeit die Anzahl der Rentner\_innen mit Mini-Job. Deshalb fordert DIE LINKE:

■ Die **Anhebung der Regelsätze der Grundsicherung im Alter** angepasst an die lokalen Lebenshaltungskosten, wie es München vormacht, sowie **kostenlose wohnortnahe Haushaltsdienstleistungen** für Senior\_innen, zum Beispiel Unterstützung bei Einkauf und Mobilität.

Die Zahl der Kinder, die mit Hartz IV aufwachsen müssen, ist weiter gestiegen: 2016 war es in Hamburg jedes vierte Kind. Besonders trifft es die Haushalte von Alleinerziehenden: 40 Prozent dieser Familien waren 2015 auf Hartz IV angewiesen. Umso wichtiger sind Angebote für Kinder und Jugendliche, die sie nichts kosten. Deshalb fordert DIE LINKE:

■ Die **Aufstockung des Bildungs- und Teilhabepakets** mit Hamburger Mitteln sowie ein **kostenloses Frühstück** in Schulen und Kitas.

Hohe Mieten sind ein Hauptgrund, dass die Armut in Hamburg immer größer wird. Schon 45 Prozent der Hamburger\_innen geben heute mehr als die Hälfte ihres Nettoeinkommens für die Miete aus. Seit 2006 sind die Mietpreise bei Neuvermietungen um 50 Prozent gestiegen. Deshalb fordert DIE LINKE:

■ **Mehr sozialen Wohnungsbau, eine Verlängerung der Bindungsfristen und eine echte Mietpreisbremse.**

Immer mehr Menschen in Hamburg können sich Strom, Wasser und Gas nicht mehr leisten. Energie- und Mietschulden führen häufig zum Verlust der Wohnung. Und die Stromkosten wachsen weiter: Inzwischen übersteigen sie den Energieanteil im Arbeitslosengeld II und der Grundsicherung um rund 35 Euro für eine alleinstehende Person. Deshalb fordert DIE LINKE:

■ **Frühwarnsysteme** bei drohenden Strom-, Wasser- oder Gas-Absperrungen sowie Clearingstellen für Energieschuldner\_innen.

Arme Menschen leben deutlich kürzer als wirtschaftlich besser gestellte Hamburger\_innen. Außerdem wohnen sie oft in Stadtteilen mit schlechterer Gesundheitsversorgung. Zum Beispiel kümmert sich in Othmarschen ein\_e Kinderärzt\_in um 995 Kinder, in Jenfeld dagegen um 4.937 – fünfmal so viel. Im Stadtteil Eimsbüttel gibt es 36 Frauenärzt\_innen, in Steilshoop gar keine. Deshalb fordert DIE LINKE:

■ **Kommunale medizinische Versorgungszentren** in medizinisch unterversorgten Stadtteilen sowie **eine bedarfsge- rechte Planung und Förderung der Gesundheitsversorgung** nach regionaler Bedürftigkeit.

Soziale Einrichtungen sind wichtig für ein soziales Miteinander, soziale Teilhabe und bürgerliches Engagement. So gibt es in Hamburg 244 Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, zum Beispiel Bauspielplätze oder Jugendtreffs. Davon haben jedoch 93 Einrichtungen weniger als eine Vollzeitstelle, 124 verfügen über weniger als zwei Stellen. So wichtig soziale Einrichtungen auch sind, so unzureichend werden sie gefördert. Deshalb fordert DIE LINKE:

■ Die **Erhöhung der RISE-Mittel** (Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung) für benachteiligte Gebiete mit entsprechenden Indikatoren sowie eine Grundfinanzierung sozialer und kultureller Einrichtungen.

Armut bedeutet auch, dass das Geld für die Fahrkarte oft nicht reicht. Seit 2003 sind die Preise für den HVV um 36,4 Prozent gestiegen. Gleichzeitig reicht der in den Hartz IV-Sätzen enthaltene Anteil für Fahrkarten weder für häufige Fahrten noch für eine Monatskarte aus. Deshalb fordert DIE LINKE:

■ Im ersten Schritt soll der **HVV für Menschen mit wenig oder gar keinem Einkommen kostenfrei** werden. Parallel zu seinem Ausbau wollen wir den Öffentlichen Personennahverkehr langfristig kostenfrei, also fahrscheinfrei, für alle machen.

V.i.S.d.P. Margret Geitner, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

**MUT**  
GEGEN  
**ARMUT**



## Kultur Tipp: Fritz Schumacher & der Dulsberg



Foto: Laubenganghaus Oberschlesische Straße 11  
© Ajejbah/Wikimedia Commons/CC-BY-SA-3.0

»Dunkelroter Backstein, Reformwohnungsbau, vielfältige Grün- und Freiraumstrukturen – als Stadterweiterungsgebiet der 1920er Jahre stellt die Hamburger Wohnsiedlung Dulsberg eine wichtige Zeitschicht der europäischen Stadt dar. Vorausgegangen war ein im Jahr 1918 nach modernsten Kriterien reformierter Bebauungsplan des damaligen Oberbaudirektors Fritz Schumacher« (<https://dulsberg-denkmalschutz.de/2018/05/17/der-stadtteil-dulsberg-feiert-100-jahre-schumacher-stadtplanung-fuer-den-dulsberg-in-jubilaeumswochen-vom-3-6-bis-1-9-2018/>). Mit diesen Worten wird ein Stadtteil beschrieben, der in den kommenden Monaten verstärkt in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Der Architekt und Stadtplaner Fritz Schumacher (1869-1947) hat als Hamburger Oberbaudirektor in den Jahren 1909 bis 1933 die Stadt an vielen »Ecken« maßgeblich geprägt, auch den Dulsberg. Am 3. Juni 1918 unterzeichnete er eine Planungsskizze, die die zukünftige Ansicht des Dulsbergs fixierte: Straßen, Plätze, Gebäude. Trotz der Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg hat sich diese, von Schumacher damals mit entwickelte Struktur bis heute erhalten.

Mehr als ein Grund dafür, dass der Dulsberg vom 3. Juni bis zum 1. September groß feiert, nämlich 100 Jahre Schumacher-Stadtplanung für den Dulsberg. Die Veranstaltungsreihe richtet sich längst nicht nur an die DulsbergerInnen, sondern dürfte für viele an der Stadtentwicklung interessierte HamburgerInnen interessant sein. Am Sonntag, den 3. Juni, wird der Veranstaltungsreigen um 14.00 Uhr in der Frohbotenschaftskirche (Straßburger Platz 2) eröffnet. Bezirksamtsleiter Harald Rösler und Hamburgs neuer Oberbaudirektor Franz

Josef Höing leiten die Jubiläumswochen ein. Zudem wird auf 20 großformatigen Stelltafeln (3,5 x 2,5 Meter!) der historische Werdegang der Planungen Schumachers für den Dulsberg 1918 an fünf Standorten im öffentlichen Raum nachgezeichnet. Die Gesamtorganisation der Feierlichkeiten obliegt dem Stadtteilbüro Dulsberg und der Geschichtsgruppe Dulsberg e.V., namentlich dem Leiter des Stadtteilbüros, Jürgen Fiedler, und dem Architekturhistoriker Dr. Roger Popp, der rechtzeitig zum Jubiläum das Buch »Fritz Schumacher und der Dulsberg« publiziert hat. Danach geht es mit verschiedenen Stadtteilrundgängen und Vorträgen weiter. Auf dem Straßburger Platz, dem Herz des Dulsbergs, beginnen an mehreren Donnerstagabenden jeweils ab 18.00 Uhr die Veranstaltungen. Am 7. Juni heißt es beispielsweise »Reingeschaut – Lebendiges Denkmal Dulsberg«, auf einem Rundgang, veranstaltet vom Bezirksamt Hamburg-Nord und örtlichen Wohnungsunternehmen. Am 28. Juni referiert Roger Popp über »Schumachers Planungen für Dulsberg«. Am 5. Juli berichten Studierende der HafenCity Universität über ihre Rechercheergebnisse zur Frage, »Wer wohnt auf dem Dulsberg?«. Die letzte inhaltliche Veranstaltung datiert vom 30. August: Christoph Schwarzkopf vom Denkmalschutzamt – Verfasser einer weiteren neuen Schrift über »100 Jahre Siedlung Dulsberg« – spricht über das Thema »Bewahren und Verändern – Denkmalpflege auf dem Dulsberg«. Am 1. September wird zum Abschluss ein »Dithmarscher Straßenfest« gefeiert, benannt nach der benachbarten Dithmarscher Straße. Das Gesamtprogramm findet sich hier: [www.dulsberg.de/sites/www.dulsberg.de/files/2018/pdfs/2018-05-18%20Flyer.pdf](http://www.dulsberg.de/sites/www.dulsberg.de/files/2018/pdfs/2018-05-18%20Flyer.pdf).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de](mailto:christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.